Initiative D21

KURZEXPERTISE

Digitalpolitik: Diese Themen dürfen aus Sicht der BürgerInnen in den Koalitionsverhandlungen nicht fehlen

KURZEXPERTISE

Digitalpolitik: Diese Themen dürfen aus Sicht der BürgerInnen in den Koalitionsverhandlungen nicht fehlen

KERNBOTSCHAFTEN

- Die BürgerInnen in Deutschland haben klare Vorstellungen zu den Prioritäten in der Digitalpolitik. Die Mehrheit will **Weiterbildungen** für Digitalisierung, bessere **Infrastruktur** und stärkeren **Verbraucherschutz.**

- Die Bewertung digitalpolitischer Themen hängt sehr stark von der **Lebensrealität der BürgerInnen** ab. Die Erfahrungen, die das Leben der verschiedenen Generationen geprägt haben, haben auch **Einfluss auf die Einordnung digitalpolitischer Themen**.

- Es zeigt sich ein deutliches Muster in der unterschiedlichen Bewertung der Bedeutung von Weiterbildung und Qualifikation (Eigenverantwortung/Befähigung) und Verbraucherschutz (Fremdverantwortung/Schutz): **Digital souveräne Bevölkerungsgruppen wünschen sich mehr Befähigung, die eher abseitsstehenden Gruppen hingegen Schutz**.

- Die vorliegenden Ergebnisse sind ein Hinweis auf die akuten Schmerzenspunkte der BürgerInnen. Mit Blick auf die komplexen (internationalen) digitalpolitischen Herausforderungen für Deutschland ist es Aufgabe der nächsten Bundesregierung, **nicht nur in Sicht- und Verständnisweite** der BürgerInnen zu steuern. Sie muss darüber hinaus dringend die Strukturen, Prozesse und Strategien des Digitalstandorts Deutschland **zukunftsfähig** ausrichten.

Einleitung

Oktober 2021. Die Bundestagswahl ist vorbei und die Koalitionsverhandlungen, in denen über die politische Zukunft der Bundesrepublik entschieden wird, stehen kurz bevor.

In den politischen Wahlprogrammen ist die digitale Transformation ein wichtiges Thema für alle Parteien gewesen, wenn auch in unterschiedlichen Gewichtungen. Es ist zu erwarten, dass digitalpolitische Themen auch im neuen Koalitionsvertrag eine gewichtige Rolle spielen werden: Wie geht es weiter mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), wie mit dem DigitalPakt Schule oder der elektronischen Patientenakte? Wird es ein Digitalministerium geben oder wird das Thema Digitalisierung an anderer Stelle strukturell verankert?

In diesem Papier sehen wir uns an, wie die BürgerInnen zu ausgewählten digitalpolitischen Themen stehen: Welche Schwerpunkte sollte die Politik ihrer Meinung nach setzen, damit die Digitalisierung in Deutschland zukünftig besser für die Menschen gestaltet wird? Hierbei analysieren wir, wie sich verschiedene soziodemografische Gruppen in dieser Ansicht unterscheiden: Welche Schwerpunkte setzen die unterschiedlichen Generationen in Bezug auf ihre eigenen Lebenserfahrungen? Welchen Einfluss haben Bildungsabschluss oder Wohnort? Dieses Papier beschreibt die unterschiedlichen Schwerpunkte der Generationen und ordnet sie vor dem Hintergrund der digitalen Transformation der letzten drei Jahrzehnte, aber auch der Lebensrealitäten verschiedener Bevölkerungsgruppen ein. Am Ende steht die Frage, in welchem Maße BürgerInnen Entwicklungen außerhalb ihres eigenen Erfahrungs- und Sichtraums einschätzen und bewerten können und inwiefern es Aufgabe der Politik ist, den darüber hinausreichenden Raum vorausschauend zu gestalten.

Die digitale Transformation – drei Jahrzehnte, die die Welt veränderten

Beinahe 30 Jahre ist es her, dass die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) das World Wide Web, wie wir es kennen, für die Öffentlichkeit freigegeben hat (CERN o. J.). Vor 1993 war die Informationsübertragung über das Internet ExpertInnen, Forschungseinrichtungen und einigen staatlichen Einrichtungen vorbehalten. Bereits ein Jahr später kamen die ersten Browser („Netscape Navigator“) auf den Markt und der Vormarsch des Internets nahm seinen Lauf (Konitzer o. J.). Das erste soziale Netzwerk („Sixdegrees“) tauchte ebenfalls schon 1997 auf (McFadden 2020). Sixdegrees ermöglichte es, eigene Profile anzulegen, andere Personen zu finden und mit ihnen zu interagieren. Die ersten sozialen Netzwerke, die uns auch heute noch begleiten, etablierten sich in den Vereinigten Staaten in den frühen 2000ern. Am bekanntesten davon ist facebook, zu dem als eine der größten Plattformen weltweit mittlerweile auch WhatsApp und Instagram gehören.

In Deutschland sind unterdessen heute über 90 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren online; vier von fünf Personen nutzen auch das mobile Internet (Initiative D21 i. V. 2022). Dazu passt, dass 84 Prozent mittlerweile ein Smartphone nutzen, mit dem sie theoretisch von überall auf das Internet und seine Möglichkeiten zugreifen können (Initiative D21 2021a, S. 18 f.). Auch bei den Menschen ab 70 Jahren nutzen mehr als die Hälfte das Internet zumindest ab und zu (52 Prozent); ein Smartphone nutzen immerhin 43 Prozent der 70+-Jährigen (Initiative D21

2021b, S. 3). Die beliebtesten soziale Medien sind WhatsApp (72 Prozent), YouTube (48 Prozent) und facebook (46 Prozent) (Initiative D21 2021a, S. 22).

Die Coronapandemie hat eine Entwicklung beschleunigt, die schon zuvor rasant verlief. Seit Jahren beobachten wir einen Anstieg des Anteils an OnlinerInnen in der Gesellschaft insgesamt; dies ist vor allem auf den Anstieg der Nutzung des mobilen Internets zurückzuführen, die innerhalb von fünf Jahren um 26 Prozentpunkte wuchs (Initiative D21 2021a, S. 15). Insbesondere der Zugang zu digitalen Geräten und Anwendungen, aber auch die Nutzungshäufigkeit und -intensität digitaler Anwendungen legten im letzten Jahr deutlich zu. Weniger stark wuchsen hingegen die digitalen Kompetenzen und die Offenheit gegenüber der Digitalisierung (Initiative D21 2021a, S. 9).

Dass die Digitalisierung gekommen ist, um zu bleiben, spiegelt sich auch in ihrer Bedeutung in europäischen und internationalen Initiativen, Programmen und Gesetzen wider. So nutzte Deutschland Ende 2020 seine EU-Ratspräsidentschaft zur Verabschiedung der „Berliner Erklärung zur Digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung" (Rat der EU 2020). Im März 2021 erklärte die Europäische Kommission schließlich den Beginn von „Europas digitaler Dekade", die bis 2030 laufen soll (Europäische Kommission 2021). Auch die Vereinten Nationen setzen sich in ihrem „Kompetenzzentrum für Menschenrechte und digitale Technologie" (Vereinte Nationen o. J.) mit dem digitalen Wandel und dessen Konsequenzen für die Gesellschaft auseinander. Im „Global Risk Report" des Weltwirtschaftsforums spielen Bedrohungen in und aus der digitalen Welt schon seit Jahren eine immer größer werdende Rolle (z. B. Weltwirtschaftsforum 2021, S. 29 ff.).

Neue Regierung, neue digitalpolitische Agenda – wohin soll die Reise gehen?

Am 26. September hat Deutschland einen neuen Bundestag gewählt. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Papiers finden Sondierungsgespräche bzw. Koalitionsverhandlungen statt – ein Koalitionsvertrag existiert noch nicht. Bereits bei der vorherigen Bundestagswahl 2017 setzten die Parteien in ihren Wahlprogrammen auch auf Digitalthemen. Dies hat 2021 noch einmal deutlich zugenommen. Neben Klimaschutz ist Digitalisierung eines der wichtigsten Querschnittsthemen, welches sich gleich an mehreren Stellen in den jeweiligen Wahlprogrammen findet. Dabei priorisieren die Parteien jedoch zum Teil unterschiedliche digitalpolitische Schwerpunkte (FragDenStaat 2021).

Doch welche Schwerpunkte wünschen sich die BürgerInnen in der Digitalpolitik der neuen Regierung? Dieser Frage sind wir mittels einer Befragung nachgegangen, wobei die Einschränkung zu beachten ist, dass nur aus einer Reihe von vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden konnte. Nach Themen wie Cybersicherheit oder der Regulierung neuer Technologien wurde nicht gefragt; sie konnten dementsprechend auch nicht von den Befragten als persönlicher Schwerpunkt angegeben werden. Es gilt aber auch allgemein zu bedenken, dass die BürgerInnen stets nur beurteilen können, was sie entweder kennen oder anhand der eigenen Erfahrungen zumindest einschätzen können – Themen, die sich also in Sicht- und Verständnisweite befinden.

Bei der Ausgestaltung der digitalpolitischen Agenda sollte die neue Regierung unbedingt berücksichtigten, dass eine weitere wichtige Frage lautet: Was würden die BürgerInnen

wollen, wenn Sie wüssten, dass sich bereits zahlreiche technologische Entwicklungen abzeichnen, die heute schon gestaltet werden müssten? Die Antwort darauf kennen wir nicht. Aber wir wissen durch ExpertInnen unseres Netzwerks, Foresight-Projekte und internationale Studien wie den Global Risk Report des Weltwirtschaftsforums, dass in den nächsten Jahren große (internationale) digitalpolitische Herausforderungen auf uns zukommen werden bzw. bereits präsent sind. Es ist Aufgabe der Politik, nicht nur in Sicht- und Verständnisweite der BürgerInnen zu steuern, sondern vorausschauend die Zukunft zu antizipieren und zu gestalten. Somit sind die Ergebnisse dieser Befragung ein Hinweis auf die akuten Schmerzenspunkte der BürgerInnen; als Leitfaden für die zukünftige Ausgestaltung der digitalpolitischen Agenda Deutschlands stellen sie jedoch nur einen Baustein dar.

Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt sowie Ausbau der Infrastruktur sind wichtigste digitalpolitische Themen

Die BürgerInnen wurden konkret gebeten, aus einer Liste von insgesamt sieben digitalpolitischen Schwerpunkten die drei auszuwählen, welche die Politik priorisieren sollte, um die Digitalisierung für die Menschen besser zu gestalten.

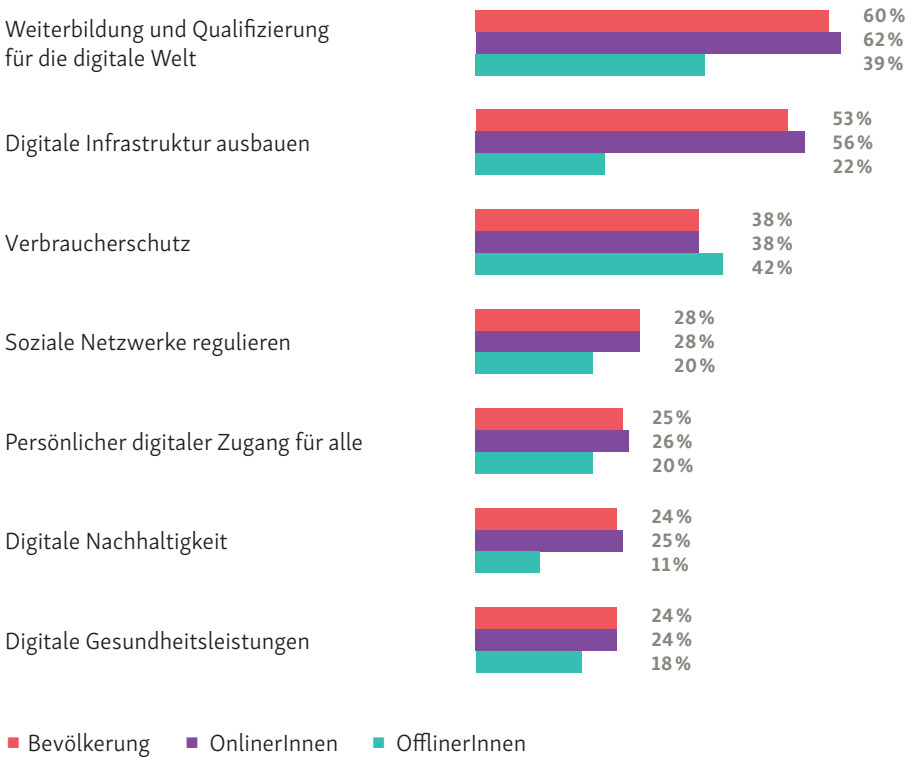
Die meisten, nämlich 60 Prozent der BürgerInnen, wünschen sich, dass die Politik das Thema „Weiterbildung- und Qualifizierung für die digitale Welt“ priorisiert, dicht gefolgt vom „Ausbau der digitalen Infrastruktur“ mit 53 Prozent. Auf Platz drei sehen die BürgerInnen das Thema „Verbraucherschutz“ mit immer noch 38 Prozent Zustimmung. Diese drei Themen grenzen sich in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft deutlich von den restlichen vier Themen ab. Diese werden alle von etwa einem Viertel der BürgerInnen in ihre drei Prioritäten der Digitalpolitik aufgenommen: Regulation sozialer Netzwerke (28 Prozent), Schaffung eines persönlichen Zugangs zur Digitalisierung für alle (25 Prozent), digitale Nachhaltigkeit (24 Prozent) und digitale Gesundheitsleistungen (24 Prozent).

OfflinerInnen fühlen sich von digitalen Themen oft überfordert und priorisieren besonders den Verbraucherschutz

Bei der Priorisierung digitalpolitischer Themen spielt es eine große Rolle, ob man nur die BürgerInnen fragt, die bereits online sind, oder auch diejenigen, die nicht am digitalen Leben teilhaben (immerhin nutzen rund 8,5 Millionen Menschen in Deutschland das Internet bisher nicht, vgl. Initiative D21 2021a, S. 16).

Unter den OfflinerInnen haben 25 Prozent die Option „weiß ich nicht“ gewählt und sich dagegen entschieden, eine Priorisierung digitalpolitischer Themen vorzunehmen. Dementsprechend liegen Zustimmungswerte zur Priorisierung der einzelnen Themen in dieser Gruppe insgesamt weit unter den durchschnittlichen Werten. Während zum Beispiel 62 Prozent der OnlinerInnen die Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt zu den drei wichtigsten digitalpolitischen Themen zählen, sind es bei den OfflinerInnen nur 39 Prozent – trotzdem ihr zweithöchster Wert (vgl. Abbildung 1). Die einzige Ausnahme in diesem Muster ist die Priorisierung des Verbraucherschutzes – hier sehen überdurchschnittlich viele OfflinerInnen einen Schwer-

Abbildung 1: Priorisierung digitalpolitischer Themen Bevölkerung, On- und OfflinerInnen



Basis: Bevölkerung (n = 2064); OnlinerInnen (n = 1835); OfflinerInnen (n = 227)

punkt mit 42 Prozent Zustimmung. Immerhin ein Viertel der OfflinerInnen sagt aber auch, dass sie nicht wüssten, welche digitalpolitischen Schwerpunkte gelegt werden sollen – bei den OnlinerInnen sagen dies nur zwei Prozent.

Letzteres ist wenig überraschend: Diejenigen, die in ihrem persönlichen Leben wenige bis keine (bewussten) Berührungspunkte mit der Digitalisierung haben, finden es schwierig, die Wichtigkeit verschiedener digitalpolitischer Themen einzuschätzen. Für sie sind Aspekte wie digitale Nachhaltigkeit oder das Regulieren sozialer Netzwerke weit weg von ihrer Lebensrealität, sodass sie sich nicht immer viel darunter vorstellen können. Dies ist vermutlich auch der Grund, warum diese Gruppe den Verbraucherschutz überdurchschnittlich hoch bewertet. Durch die fehlenden Berührungspunkte entsteht Unsicherheit gegenüber dem Unbekannten, der die BürgerInnen mit dem Wunsch nach mehr Sicherheit durch das Eingreifen von außen (staatliche Regulierung) begegnen.

Große Unterschiede bei den digitalpolitischen Prioritäten zwischen den Generationen

Die Gewichtung der digitalpolitischen Themen unterscheidet sich nicht nur zwischen Off- und OnlinerInnen, sondern auch zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen. Wie eingangs beschrieben ist die digitale Revolution eine historisch neue Entwicklung, sodass die Generationen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit ihr gesammelt haben. Bei der Beschreibung der Generationen orientiert sich das vorliegende Papier an der Einteilung von Statista (2021).

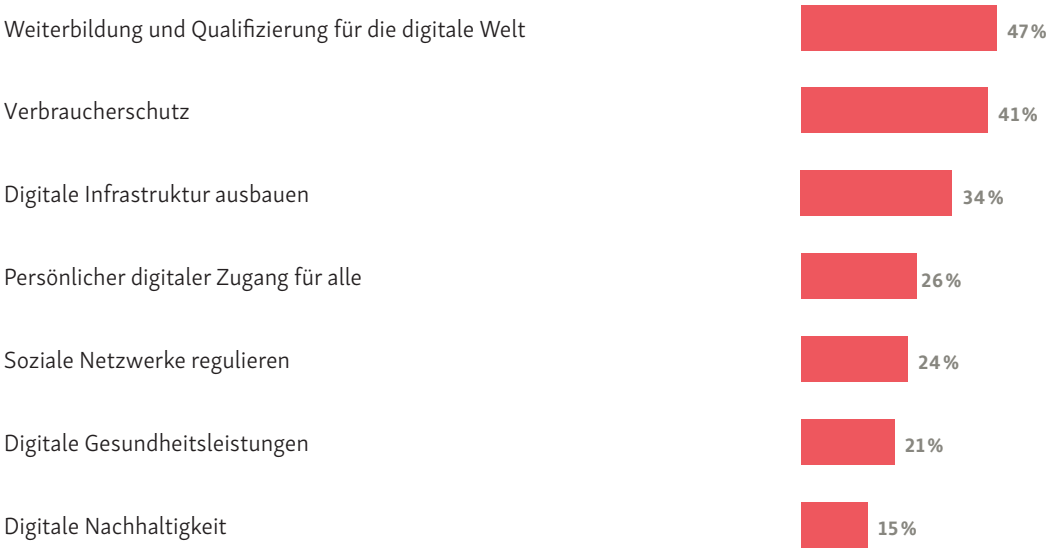
Für die Generation mit Geburtsjahr bis 1945 sind digitalpolitische Themen oft zu weit weg, da sie die meiste Zeit ihres Lebens ohne Digitalisierung bestritten haben.

Die Generation bis 1945 hat einen oder gar zwei Weltkriege und insbesondere die NS-Zeit erlebt, während die Nachkriegsgeneration in ein vom Krieg zerstörtes Deutschland und in den beginnenden Kalten Krieg hineingeboren wurde. Für den größten Teil ihres Lebens hat die Digitalisierung für diese Menschen keine Rolle gespielt. Die Gewichtung der einzelnen digitalpolitischen Themen ist dementsprechend bei diesen Generationen weniger hoch als in den jüngeren Generationen; sie geben häufiger an, nicht zu wissen, welche Themen sie priorisieren würden. Am seltensten würden sie die digitale Nachhaltigkeit mit 15 Prozent priorisieren, am häufigsten das Thema Weiterbildung und Qualifizierung mit 44 Prozent (vgl. Abbildung 2). In der Generation bis 1945 sind mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland offline. Wie auch die OfflinerInnen insgesamt priorisieren die BürgerInnen aus dieser Generation Verbraucherschutz stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt und ähnlich hoch wie digitale Weiterbildung, wahrscheinlich weil sie sich persönlich von der Komplexität des Themas überfordert fühlen und das Gefühl haben, sich in ihrem Alter auch durch Weiterbildung und Qualifizierung nicht mehr für die digitale Welt wappnen zu können.

In der Nachkriegsgeneration wünscht man sich, dass es mehr Unterstützung beim persönlichen Zugang der Menschen zur Digitalisierung gibt.

Bei der Nachkriegsgeneration (Geburtsjahrgänge 1946 bis 1955) wird Verbraucherschutz eher unterdurchschnittlich stark priorisiert (33 Prozent), Weiterbildung und Infrastruktur (48 bzw. 45 Prozent) spielen eine deutlich wichtigere Rolle (vgl. Abbildung 3). Auch fällt eine leicht überdurchschnittliche Priorisierung des persönlichen digitalen Zugangs für alle durch Finanzierungshilfen oder eine (bessere) Ausstattung von SeniorInnen- und Pflegeheimen sowie der digitalen Gesundheitsleistungen auf (beides 29 Prozent). Interessensvertretungen wie Wege aus der Einsamkeit e. V. oder Alterskompetenz betonen, dass die finanziellen Hürden bei der Ausstattung von SeniorInnen eine wichtige Rolle spielen (Initiative D21 2021d), sodass diese Gruppe hier durchaus eine höhere Betroffenheit erleben könnte als andere Generationen. Schließlich war diese Generation zum Erhebungszeitpunkt zwischen 66 und 75 Jahren alt – der D21-Digital-Index 2020/2021 zeigt, dass immer noch über 70 Prozent in dieser Altersgruppe online sind und entsprechende Ausstattung benötigen (Initiative D21 2021b, S. 3). Gleichzeitig werden Gesundheitsleistungen in dieser Altersgruppe besonders relevant, während häufig die Mobilität nachlässt. Ein digitaler Zugang als Voraussetzung für beispielsweise digitale Gesundheitsleistungen würde für diese Generation demnach Vieles erleichtern.

Abbildung 2: Priorisierung digitalpolitischer Themen Generation bis 1945



Basis: Generation bis 1945 (n = 230); Personen in der Generation bis 1945 waren zum Befragungszeitpunkt 76+ Jahre

Abbildung 3: Priorisierung digitalpolitischer Themen Nachkriegsgeneration

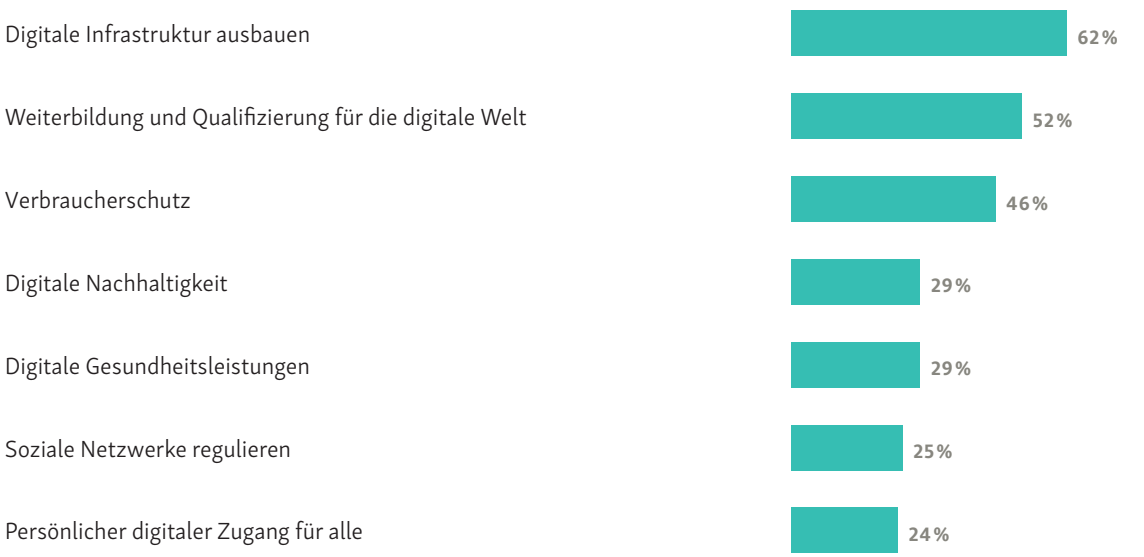
Basis: Nachkriegsgeneration (n = 335); Personen in der Nachkriegsgeneration waren zum Befragungszeitpunkt 66–75 Jahre

Die BabyboomerInnen haben erlebt, wie wichtig der Ausbau öffentlicher Infrastruktur für den Aufschwung des Landes war – entsprechend wichtig ist ihnen dieses Thema auch bei der Digitalisierung.

Mit den sogenannten BabyboomerInnen (Geburtsjahrgänge 1956 bis 1965) erleben wir eine Generation, die zwar nicht mit der Digitalisierung aufgewachsen ist, diese aber in ihrer Entstehung und Entwicklung begleitet hat. Die BabyboomerInnen waren zur Zeit der Einführung des World Wide Web zwischen 28 und 37 Jahren alt, standen also mitten im Berufsleben, als die digitale Transformation ihren Anfang nahm. Das Leben der BabyboomerInnen war durch den wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Krieg geprägt, genauso wie durch den Kalten Krieg und den Bau sowie den Fall der Mauer. Diese Ereignisse wurden durch den Ausbau des Telekommunikationsnetzes begleitet. Die BabyboomerInnen erlebten, wie die Grundlagen für die Digitalisierung geschaffen wurden: den Pilotbetrieb von ISDN im Jahr 1987, die ersten Glasfaserkabel ab 1989 oder auch die ersten GSM-fähigen Mobiltelefone, die ab 1998 einen regelrechten Handyboom in Deutschland auslösten.

Mit diesem Wissen überrascht es wenig, dass die BabyboomerInnen als einzige Generation den Ausbau der digitalen Infrastruktur am höchsten gewichten; drei von fünf geben dieses Thema als eine der drei Prioritäten an (vgl. Abbildung 4). Weiterbildung und Qualifikation schätzen etwas mehr als die Hälfte als eines der wichtigsten Themen ein, dicht gefolgt von 46 Prozent, die den Verbraucherschutz priorisieren. Dass die Bedeutung der Weiterbildung und Qualifizierung von den BabyboomerInnen geringer eingeschätzt wird als von den jüngeren

Abbildung 4: Priorisierung digitalpolitischer Themen BabyboomerInnen



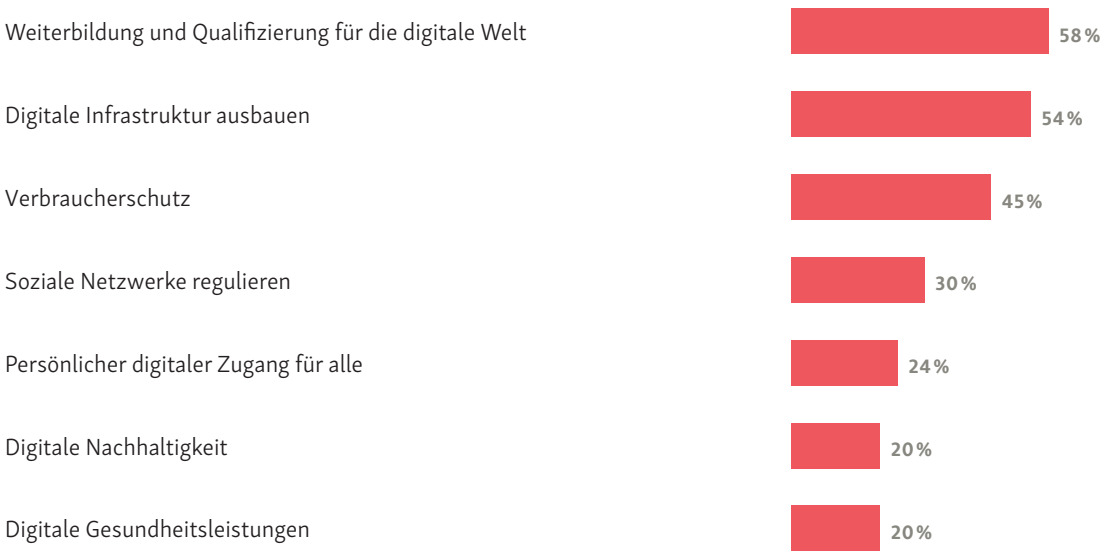
Basis: BabyboomerInnen (n = 413); Personen in der Generation der BabyboomerInnen waren zum Befragungszeitpunkt 56–65 Jahre

Generationen, ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die meisten BabyboomerInnen bereits auf das Ende ihres Berufslebens zusteuern – zum Erhebungszeitpunkt waren sie 56 bis einschließlich 65 Jahre alt. Sie schätzen die Notwendigkeit digitaler Fort- und Weiterbildungen für ihren beruflichen Erfolg folglich geringer ein, als dies jüngere Generationen tun. Der D21-Digital-Index 2020/2021 zeigt, dass nur 39 Prozent der Menschen dieser Altersgruppe angeben, Interesse am Ausbau ihres Wissens im Bereich Computer, Internet und digitale Themen zu haben – bei den jüngeren Generationen tun dies mindestens die Hälfte (Generation X) bis hin zu drei Vierteln (Generation Z) (Initiative D21 2021a). Gleichzeitig geben in keiner anderen Generation so viele Befragte wie bei den BabyboomerInnen an, den Verbraucherschutz priorisieren zu wollen – staatliche Maßnahmen zum besseren Schutz persönlicher Daten und zur Durchsetzung von VerbraucherInneninteressen sind ihnen genauso wichtig wie die Befähigung der BürgerInnen im Umgang mit der digitalen Welt durch formale Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Die Generation Golf erlebte den digitalen Wandel in der Arbeitswelt und damit die Bedeutung, sich auch im Berufsleben noch für die Digitalisierung weiterzubilden.

Die Generation X (Geburtsjahrgänge 1966 bis 1980), in Deutschland auch als Generation Golf bezeichnet, legt ebenfalls überdurchschnittlich viel Wert auf den Verbraucherschutz als digitalpolitisches Thema (45 Prozent). Vor allem nimmt aber die Bedeutung der Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt dieser Gruppe im Vergleich zu den älteren Generationen stark zu (58 Prozent würden dieses Thema priorisieren, vgl. Abbildung 5). Die Generation X war zum Zeitpunkt der Erhebung 41 bis 55 Jahre alt

Abbildung 5: Priorisierung digitalpolitischer Themen Generation X



Basis: Generation X (n = 472); Personen in der Generation X waren zum Befragungszeitpunkt 41–55 Jahre

und ist eine Generation, die im Wohlstand und stark konsumorientiert aufgewachsen ist. Sie hat die neu entstandenen Technologien in den 90er und den frühen 2000er Jahren für sich adaptiert; man hat die schnellen Sprünge vom ersten Handy mit Smartphonefunktion Ende der 90er Jahre bis hin zum iPhone und der damit einhergehenden Revolution 2007 bewusst miterlebt. Wie wichtig es ist, sich durch beständige Weiterbildung und Qualifizierung auf dem neuesten Stand zu halten, ist wahrscheinlich dieser Generation als erster vollumfänglich bewusst geworden. Für alle folgenden Generationen – Millennials und Generation Z – ist Weiterbildung und Qualifizierung mit großem Abstand das am häufigsten priorisierte digitalpolitische Thema (69 bzw. 77 Prozent). Themen wie digitale Nachhaltigkeit oder digitale Gesundheitsleistungen hingegen spielen für weniger Menschen der Generation X eine Rolle als im Vergleich zum Durchschnitt, nur jede/r Fünfte sieht hier Priorisierungsbedarf.

Die Generation Y ist die letzte, die noch bewusst eine Welt ohne Internet erlebt hat – entsprechend wichtig ist ihr der Zugang zu dieser.

Die Angehörigen der Generation Y, auch Millennials (Geburtsjahrgänge 1981 bis 1995) genannt, waren zum Erhebungszeitpunkt zwischen 26 und 40 Jahren alt. Diese Generation ist mit der zunehmenden Vernetzung der Welt aufgewachsen; die fortlaufende Entwicklung neuer Technologien wie Internet, Computer oder mobile Endgeräte gehörte für sie zum Aufwachsen genauso dazu wie die Währungsumstellung auf den Euro, der Anschlag auf das World Trade Center und die damit einhergehende weltpolitische Unsicherheit oder die Weltwirtschafts- und Finanzkrise 2007. Zudem ist diese Generation auch die letzte, die noch eine Welt vor dem Internet bewusst miterlebt hat. Für mehr als zwei von drei VertreterInnen dieser Generation ist das Thema Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt eines der wichtigsten digitalpolitischen Themen (vgl. Abbildung 6). Viele von ihnen sind sogenannte Young Professionals und haben eventuell bereits ein- oder zweimal den Job gewechselt. Drei Viertel denken laut D21-Digital-Index 2020/2021, dass man ohne Grundkenntnisse der Digitalisierung heutzutage kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat (Initiative D21 2021a, S. 31 f.). Für sie liegt der erste Einstieg von der (Hoch-)Schulbank in den ersten echten Beruf und damit die Erfahrung, wie vielfältig und schnelllebig die Anforderungen der Arbeitswelt 4.0 sind, noch nicht lange zurück. Aber auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur sollte nach Meinung von 58 Prozent der Millennials unbedingt priorisiert werden – nach den BabyboomerInnen der zweithöchste Wert. In dieser Generation nutzt beinahe jede/r ein Smartphone (98 Prozent) und das mobile Internet (95 Prozent); gleichzeitig gaben im Jahr 2020 auch 14 Prozent an, dass ihnen die zur Verfügung stehende Internetbandbreite für ihre Bedürfnisse nicht ausreicht (Initiative D21 2021a).

Wer in eine digitale Welt geboren wurde, der/dem ist die Bedeutung von Weiterbildung und Qualifikation für ebendiese besonders bewusst.

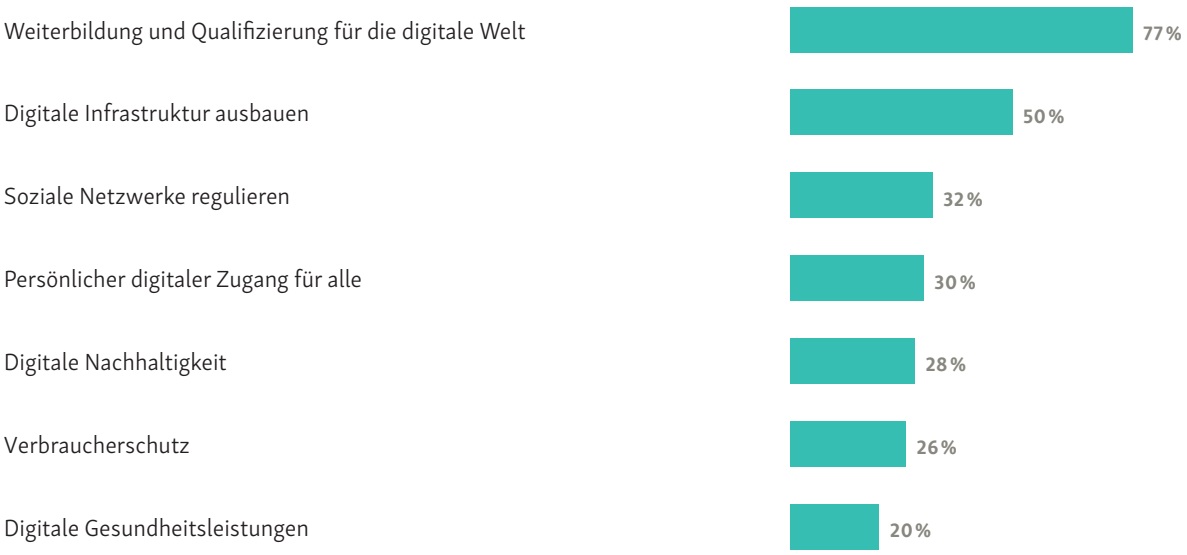
Die jüngste Generation, die Generation Z (Geburtsjahrgänge 1996 bis 2009), war zum Erhebungszeitpunkt zwischen 14 und 25 Jahren alt und wird auch als Generation YouTube bezeichnet, denn in ihrem Leben ist die Digitalisierung in Form von sozialen Medien und Plattformen bereits fester Bestandteil des Alltags. Die Jüngsten der Generation Z wurden 1996 geboren und damit etwa drei Jahre nach dem

Abbildung 6: Priorisierung digitalpolitischer Themen Generation Y/Millenials

Basis: Generation Y (n = 410); Personen in der Generation Y waren zum Befragungszeitpunkt 26–40 Jahre

kommerziellen Start des World Wide Web. In dieser Generation gibt es keine Zweifel, welches Thema unbedingt von der Politik priorisiert werden muss, um die Digitalisierung für die Menschen besser zu gestalten: Weiterbildung- und Qualifizierung für die digitale Welt (vgl. Abbildung 7). Mehr als drei von vier benennen dieses Thema (77 Prozent); der Ausbau der digitalen Infrastruktur folgt erst mit 27 Prozentpunkten Abstand auf Platz zwei (50 Prozent). Dies spiegelt sich auch in dem starken Wunsch dieser Generation wider, ihr Wissen im Bereich Computer, Internet und digitale Themen auszubauen (78 Prozent wollen dies). Verbraucherschutz spielt für die Generation Z hingegen eine untergeordnete Rolle: Nur etwa ein Viertel würde dieses Thema priorisieren, obwohl die Hälfte von ihnen sagen, dass sie digitale Dienste und Anwendungen von Unternehmen nutzen, denen sie nicht trauen, und obwohl immerhin 98 Prozent bewusst ist, dass Internetdienste und Apps persönliche Daten an andere Firmen weitergeben. Es scheint die Überzeugung vorzuherrschen, dass man sich entweder selbst schützen oder mit den Risiken leben müsse, wenn man von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren will. Da 85 Prozent angeben, die Datenschutzeinstellungen ihrer Apps verwalten zu können (Initiative D21 2021a), liegt die Vermutung nahe, dass diese Generation in ihren digitalpolitischen Prioritäten eher auf die eigenen digitalen Kompetenzen als auf staatliche Regulierung setzt. Auf dem dritten Platz der wichtigsten digitalpolitischen Themen für die Generation Z findet sich – anders als bei den anderen Generationen – die Regulierung

Abbildung 7: Priorisierung digitalpolitischer Themen Generation Z



Basis: Generation Z (n = 204); Personen in der Generation Z waren zum Befragungszeitpunkt 14–25 Jahre

sozialer Netzwerke mit 32 Prozent. Fast jede/r Dritte wünscht sich Maßnahmen wie eine bessere Strafverfolgung bei Hate Speech oder eine Kennzeichnungspflicht für Desinformationen. Ein Grund für die hohe Relevanz in dieser Generation ist sicher in ihrer intensiven Nutzung sozialer Medien zu finden: 96 Prozent nutzen diese in irgendeiner Form (Initiative D21 2021a). Schließlich findet die Generation Z mehr noch als die älteren Generationen den persönlichen digitalen Zugang für alle relevant (30 Prozent) – eine Einschätzung, die sich wahrscheinlich auch auf die Erfahrungen aus der Coronapandemie zurückführen lässt, während der digitaler Unterricht an Berufs-, Hoch- oder allgemeinbildenden Schulen häufig mit eigenen Geräten von Zuhause aus geleistet werden musste.

Influenced? Eltern setzen digitalpolitische Schwerpunkte mit Blick auf das Leben ihrer Kinder.

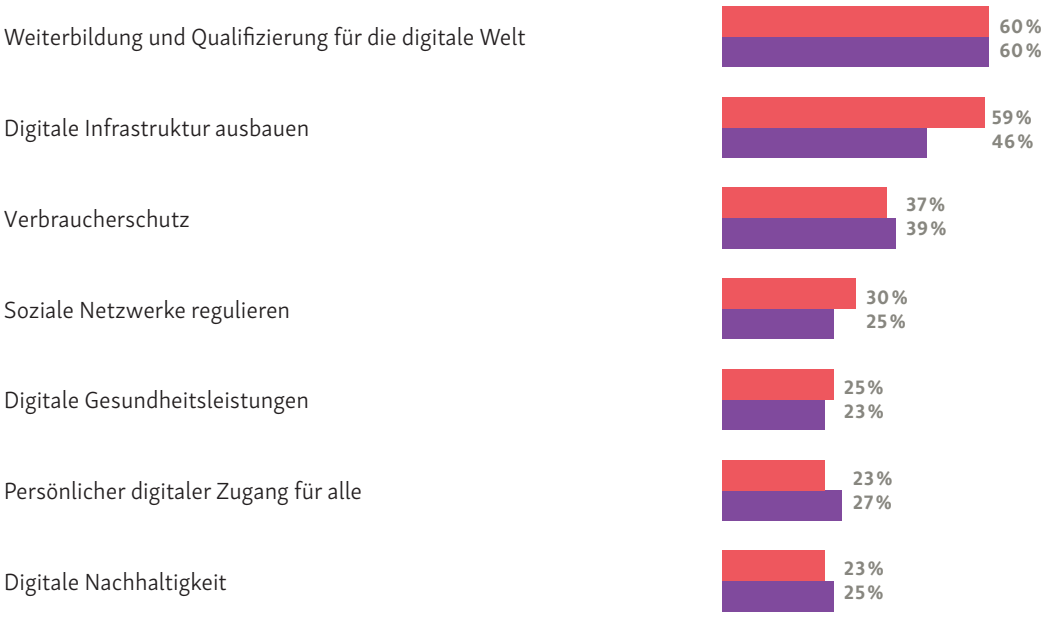
Für BürgerInnen mit Kindern im Haushalt ist das Thema Weiterbildung und Qualifizierung deutlich relevanter für die bessere Gestaltung der Digitalisierung als für BürgerInnen ohne im Haushalt lebende Kinder. 68 Prozent von ihnen würden dieses Thema priorisieren gegenüber nur 56 Prozent bei den Haushalten ohne Kinder. Ihnen sind auch die Themen digitale Nachhaltigkeit (29 Prozent gegenüber 22 Prozent) und die Regulierung sozialer Netzwerke (32 Prozent gegenüber 26 Prozent) wichtiger, wahrscheinlich weil sie bei der Priorisierung vor allem auch an die Zukunft ihrer Kinder (Nachhaltigkeit)

sowie deren Schutz (Regulierung sozialer Netzwerke) denken. BürgerInnen ohne Kinder im Haushalt ist hingegen der Verbraucherschutz deutlich wichtiger; 41 Prozent würden diesen priorisieren gegenüber 30 Prozent derjenigen mit Kindern im Haushalt. Eine mögliche Erklärung könnte hier auch das Alter spielen, da vor allem ältere Generationen die Bedeutung von Verbraucherschutz häufig als hoch einschätzen und seltener Kinder im Haushalt haben als jüngere Generationen.

Die Geschlechter sind sich bei ihren digitalpolitischen Schwerpunkten einig – bis auf eine Ausnahme: den Ausbau der Infrastruktur

Zwischen den Geschlechtern sind die Unterschiede deutlich geringer als zwischen den Generationen. Drei von fünf Männern wie auch Frauen wünschen sich eine Priorisierung von Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt; digitale Infrastruktur und Verbraucherschutz folgen für beide Geschlechter auf Platz zwei und drei (vgl. Abbildung 8). Allerdings würden deutlich mehr Männer als Frauen den Ausbau der digitalen Infrastruktur priorisieren

Abbildung 8: Priorisierung digitalpolitische Themen nach Geschlecht



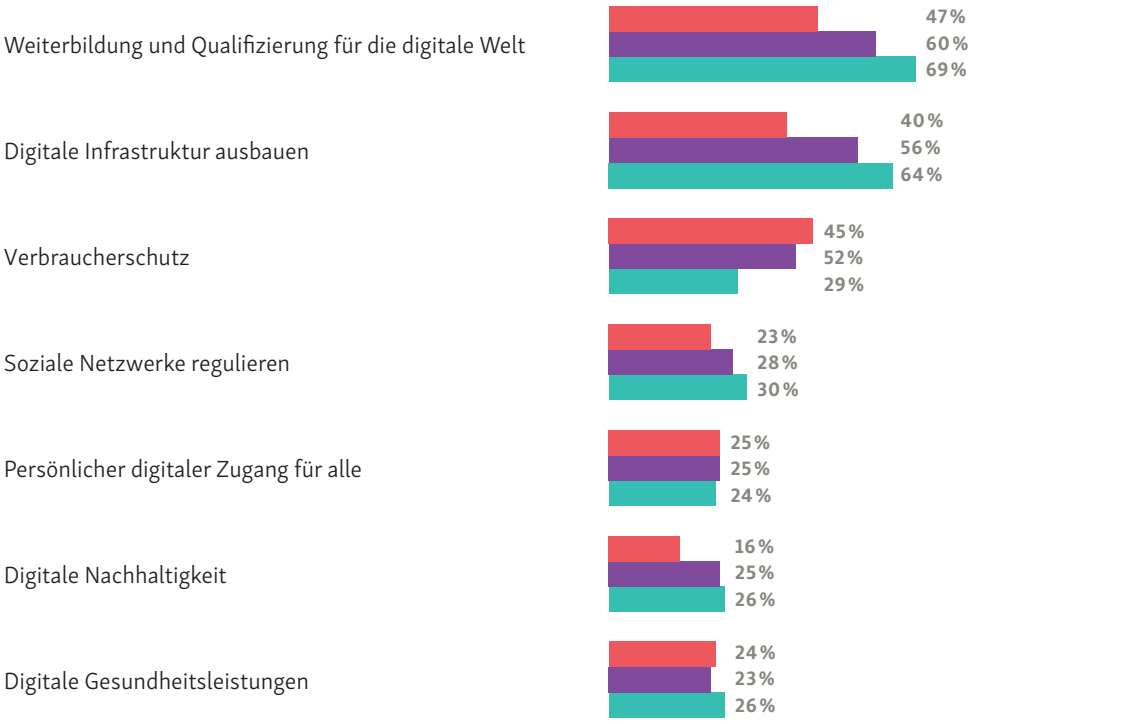
Basis: Bevölkerung (n = 2064); Männer (n = 968), Frauen (n = 1094)

(59 Prozent gegenüber 46 Prozent), dafür ist Frauen der Verbraucherschutz etwas wichtiger. Ebenso schätzen Frauen den persönlichen digitalen Zugang für alle sowie die digitale Nachhaltigkeit als etwas wichtiger ein, als Männer dies tun, Männer priorisieren hingegen ein wenig mehr die Regulierung sozialer Netzwerke und digitale Gesundheitsleistungen. Diese Unterschiede bewegen sich jedoch alle im Bereich von zwei bis fünf Prozentpunkten.

Je höher die Bildung desto wichtiger erscheint Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt – Verbraucherschutz hat hingegen für gering Gebildete hohe Priorität

Anders als das Geschlecht spielt der formale Bildungsabschluss eine größere Rolle bei der Priorisierung digitalpolitischer Themen. Zwar ist Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt für alle drei Gruppen (niedriger, mittlerer und höherer formaler Bildungsabschluss) das am häufigsten priorisierte Thema und der Ausbau der digitalen Infrastruktur findet sich ebenso für alle Bildungsstufen in den Top drei (vgl. Abbildung 9). Aber es gibt zum Teil sehr deutliche Unterschiede in der Ausprägung dieser Gewichtung: 69 Prozent der Menschen mit formal hohem Bildungsabschluss ((Fach-) Abitur oder höher) möchten, dass die Politik Weiterbildung und Qualifizierung priorisiert, und 64 Prozent sprechen sich für den Ausbau der digitalen Infrastruktur als relevantes Thema aus. Bei denjenigen mit einer formal niedrigen Bildung (Volks-/Hauptschulabschluss) sind es 47 bzw. 40 Prozent – ein Unterschied von jeweils etwa 20 Prozentpunkten. Besonders deutlich werden die verschiedenen Gewichtungen digitalpolitischer Themen aber im Bereich Verbraucherschutz, denn während nur etwas mehr als jede/r Vierte (29 Prozent) mit formal höherer Bildung diesen priorisieren würde, sind es bei denjenigen mit einem mittleren Bildungsabschluss (Realschulabschluss) 42 Prozent und bei denjenigen mit niedriger Bildung sogar 45 Prozent. Somit liegt für diese letzte Gruppe die Relevanz von Weiterbildung und Qualifizierung (beinahe) gleichauf mit der des Schutzes der VerbraucherInnen vor digitalen Risiken – bei den höher Gebildeten schafft es der Verbraucherschutz hingegen nicht einmal in die Top drei. Sie sehen dort vielmehr die Regulierung sozialer Netzwerke (30 Prozent). Dies passt zu dem Befund, dass diese Gruppe zusammen mit der Gruppe mit mittlerem formalem Bildungsabschluss auch die größte Sorge hat, dass die Digitalisierung eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen kann (z. B. durch Überwachung oder die Beeinflussung von Wahlen) – knapp 40 Prozent stimmen dem zu. Auch nutzen Menschen mit formal hoher Bildung deutlich häufiger soziale Medien als Menschen mit formal niedrigerer Bildung (Initiative D21 2021a). Die Relevanz von digitalen Gesundheitsdiensten und dem persönlichen digitalen Zugang für alle schätzen die drei Gruppen ähnlich ein – etwa jeweils ein Viertel der Menschen wünschen eine Priorisierung dieser Themen. Auch die digitale Nachhaltigkeit will etwa jede/r Vierte mit mittlerem oder höherem Bildungsabschluss priorisieren – bei denjenigen mit formal niedriger Bildung sind es hingegen nur 16 Prozent. Da es sich bei dem Thema digitale Nachhaltigkeit um ein neueres und eher abstraktes Thema mit Beispielen wie der Förderung sauberer Energiequellen und nachhaltiger Materialien handelt, kann es sein, dass viele Menschen in dieser Gruppe weniger Anknüpfungspunkte für sich und ihr Leben gesehen haben als etwa beim Verbraucherschutz, der digitalen Infrastruktur oder dem persönlichen digitalen Zugang für alle.

Abbildung 9: Priorisierung digitalpolitischer Themen nach formalem Bildungsabschluss



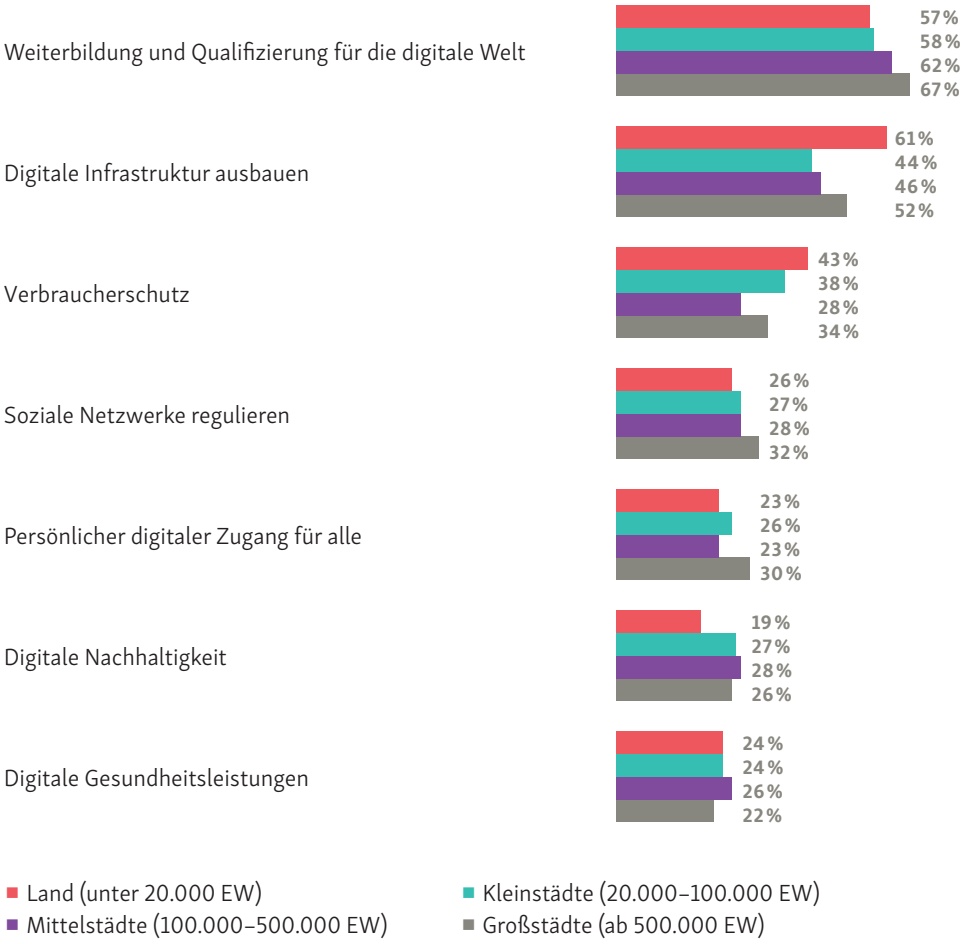
Basis: Bevölkerung (n = 2064); niedriger Bildungsabschluss (n = 590), mittlerer Bildungsabschluss (n = 804), höherer Bildungsabschluss (n = 609); formal niedriger Bildungsabschluss = Volks-/Hauptschulabschluss, formal mittlerer Bildungsabschluss = mittlere Reife, formal höherer Bildungsabschluss = (Fach-)Abitur

Verbraucherschutz hat vor allem in den neuen Bundesländern Priorität, Ausbau digitaler Infrastruktur besonders wichtig für den ländlichen Raum

Infrastruktur ist vor allem im ländlichen Raum ein großes Thema – und in den Großstädten.

Der Wohnort der Menschen hat ebenfalls Einfluss auf die digitalpolitischen Themen, die ihrer Meinung nach von der Politik priorisiert werden sollten, um die Digitalisierung für die Menschen besser zu gestalten. So zeigt sich vor allem bei der Gewichtung des Ausbaus digitaler Infrastruktur ein deutlicher Einfluss der Wohnortgröße: Im ländlichen Raum (bis 20.000 EinwohnerInnen) finden mehr als drei von fünf BürgerInnen, dass dieses Thema priorisiert werden sollte (61 Prozent, vgl. Abbildung 10), in Klein- und Mittelstädten (zwischen 20.000 und 500.000 EinwohnerInnen) hingegen denken dies nur durchschnittlich 45 Prozent. Erst in den Städten mit mehr als 500.000 Einwohner-

Abbildung 10: Priorisierung digitalpolitischer Themen nach Stadt und Land



Basis: Bevölkerung (n = 2064); Land (n = 775), Kleinstädte (n = 620), Mittelstädte (n = 241), Großstädte (n = 428)

Innen sind es wieder etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent). Dies scheint den Eindruck zu bestätigen, dass es vor allem der ländliche Raum ist, der bisher eine unzureichende digitale Infrastruktur aufweist. So geben auch 16 Prozent der BewohnerInnen des ländlichen Raums an, dass die Internetbandbreite nicht für ihre Bedürfnisse ausreicht; bei 19 Prozent reicht auch das mobile Internet nicht aus (Initiative D21 2021a, S. 18).

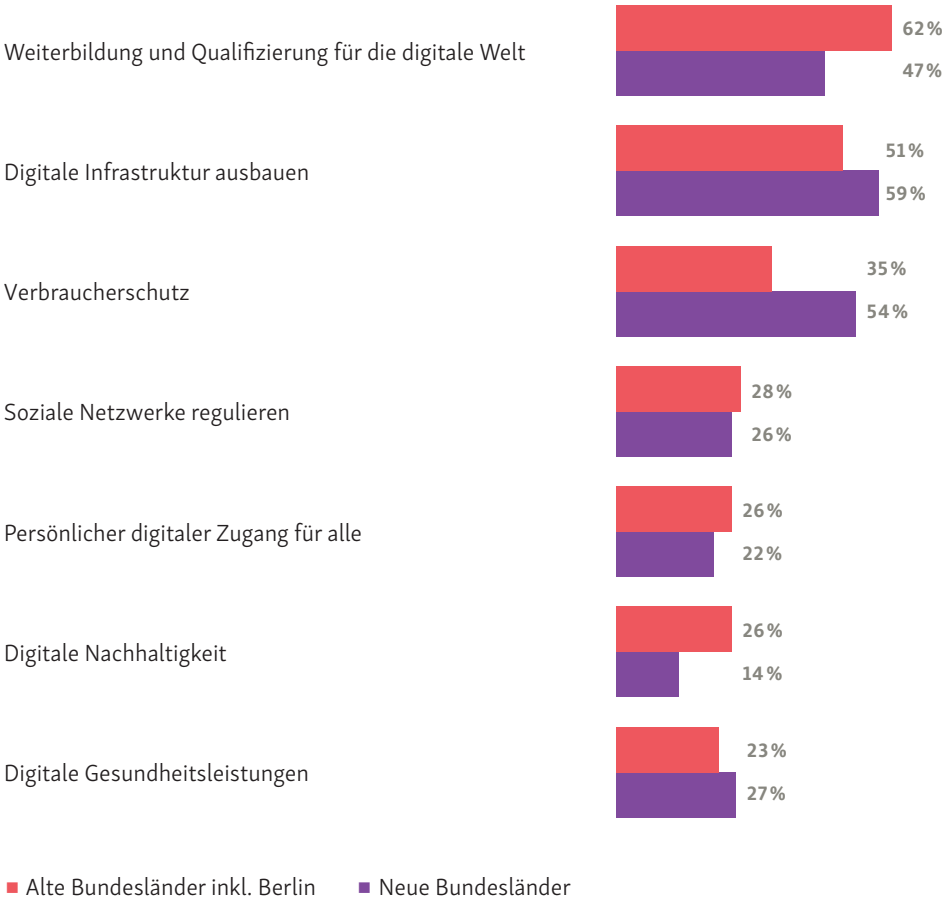
Dagegen nimmt die Relevanz von Weiterbildung und Qualifizierung mit wachsender Gemeindegröße zu. Während im ländlichen Raum nur 57 Prozent dieses Thema priorisieren würden, finden bereits zwei von drei GroßstädterInnen, dass das Thema Priorität der Politik sein sollte. Ein weiteres Thema, welches vor allem im ländlichen (43 Prozent) und kleinstädtischen Raum (38 Prozent) von vielen als relevant erachtet wird, ist der Verbraucherschutz. In den Mittelstädten hingegen sieht nur etwas mehr

als jede/r Vierte dieses Thema als Priorität, in den Großstädten ist es jede/r Dritte. Dafür erachten die Menschen im ländlichen Raum die digitale Nachhaltigkeit seltener als prioritäres Thema; mit 19 Prozent Zustimmung liegen sie unter dem Durchschnitt. Ein letzter relevanter Unterschied findet sich noch zwischen Stadt- und Flächenstaaten: In den Stadtstaaten wird das Thema persönlicher digitaler Zugang für alle deutlich häufiger als ein für die Digitalpolitik relevantes Thema erachtet – 43 Prozent wollen dieses Thema priorisiert sehen gegenüber 24 Prozent der BewohnerInnen in den Flächenstaaten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse im Digitalen – für die AnwohnerInnen in den alten Bundesländern eine Frage der Bildung, in den neuen der Infrastruktur.

Unterschiede gibt es ebenfalls zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die BürgerInnen in den alten Bundesländern finden deutlich häufiger, dass die Politik die Weiterbildung und Qualifikation für die digitale Welt priorisieren sollte – 62 Prozent sehen dies hier so, in den neuen Bundesländern hingegen ist nicht einmal die Hälfte der BürgerInnen dieser Ansicht (47 Prozent, vgl. Abbildung 11). Dafür sind den Menschen in den neuen Bundesländern zwei andere Themen zum Teil deutlich häufiger wichtig: der Ausbau der digitalen Infrastruktur (mit 59 Prozent Zustimmung auf dem ersten Platz der Prioritätenliste) und der Verbraucherschutz (mit 54 Prozent auf dem zweiten Platz). In fast allen betrachteten Gruppen wurde die Weiterbildung und Qualifizierung als wichtigstes Thema identifiziert; es fällt entsprechend auf, dass es für die BürgerInnen der neuen Bundesländer erst auf dem dritten Platz auftaucht. Am deutlichsten ist der Unterschied jedoch beim Verbraucherschutz – knapp ein Drittel der BewohnerInnen in den alten Bundesländern würde dieses Thema priorisieren; in den neuen Bundesländern sind es mehr als die Hälfte der BürgerInnen und damit fast 20 Prozentpunkte mehr. Laut D21-Digital-Index 2020/2021 sehen sich deutlich weniger Menschen aus den neuen Bundesländern in der Lage, sich selbst im Internet digitale Kompetenzen anzueignen (33 Prozent gegenüber 41 Prozent in den alten Bundesländern, Initiative D21 2021a, S. 28 f.) – dies sollte eigentlich dafür sprechen, dass sie priorisieren würden, dass die Politik Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote auf die Agenda setzt. Es kann aber auch heißen, dass sie sich generell als weniger kompetent einschätzen, sich diese neuen Fertigkeiten anzueignen, und sich deshalb eher wünschen, durch Regulierungen und staatliche Maßnahmen geschützt zu werden. Dies spiegelt sich auch in der deutlich stärkeren Tendenz der BürgerInnen der neuen Bundesländer wider, die Digitalisierung als Bedrohung für die Demokratie zu sehen (45 Prozent gegenüber 33 Prozent der BürgerInnen aus den alten Bundesländern, Initiative D21 2021a, S. 31). Ein weiterer deutlicher Unterschied liegt in der Relevanz des Themas digitale Nachhaltigkeit. Es steht für die Menschen in den neuen Bundesländern an letzter Stelle der Prioritätenliste, und zwar mit deutlichem Abstand zu den anderen Themen (14 Prozent). Das Thema Umweltschutz hatte vor der Wende noch eine sehr hohe Bedeutung in den neuen Bundesländern; es kam in Umfragen direkt hinter den Themen Gesundheit und Familie und noch vor dem Thema Arbeit. Diese Priorisierung nahm jedoch nach der Wiedervereinigung stark ab. Die Bundeszentrale für politische Bildung führt dies darauf zurück, dass Lösungen für Umweltfragen vornehmlich zu einer Aufgabe der Gesetzgebung und der staatlichen Verwal-

Abbildung 11: Priorisierung digitalpolitischer Themen nach alten und neuen Bundesländern



Basis: Bevölkerung (n = 2064); Alte Bundesländer inkl. Berlin (n = 1792), Neue Bundesländer (n = 272)

tung wurden. Somit musste man sich mit Gesetzen und Rechten auskennen, um beim Thema Umweltschutz mithalten zu können. Die Menschen nahmen das Thema als zunehmend komplex und weit entfernt vom eigenen Lebensalltag wahr; Beteiligung bei Umweltfragen verkam immer mehr zu einem reinen Informationsrecht (Zschiesche 2003, S. 34 f.). Hiermit lässt sich auch die unterdurchschnittliche Relevanz des Themas digitale Nachhaltigkeit in den neuen Bundesländern erklären.

Fazit

Welche digitalpolitischen Schwerpunkte legen die BürgerInnen in Deutschland 2021? Diese Frage will das vorliegende Papier beantworten. Zunächst lässt sich feststellen: Die meisten BürgerInnen priorisieren das Thema Weiterbildung und Qualifizierung für die digitale Welt. Sie wollen, dass formale Bildungseinrichtungen, aber auch die ArbeitgeberInnen die Menschen befähigen, selbstbestimmt und souverän in der digitalen Welt zu agieren. Vor allem die jungen Generationen, Menschen mit formal hoher Bildung und BewohnerInnen der Großstädte und der alten Bundesländer stimmen der Priorisierung dieses Themas überdurchschnittlich häufig zu. Die Studie „Digital Skills Gap" zeigt, dass es hier in Deutschland noch einigen Nachholbedarf gibt – denn auch wenn einfache Anwendungskompetenzen wie die Informationssuche im Internet oder die Kommunikation mit dem Smartphone für die meisten BürgerInnen kein Problem mehr darstellen, tun sich selbst digital affine Gruppen schwer damit, Funktionsweisen und auch Konsequenzen digitaler Technologien zu verstehen und auf andere Zusammenhänge zu transferieren (Initiative D21 2021c, S. 10 f.). Der Wunsch nach mehr Unterstützung durch entsprechende Bildungsangebote sollte auch deshalb für die Politik im Vordergrund stehen. Denn auch wenn solche formalen Bildungsangebote von allen Bevölkerungsgruppen als sehr wichtig angesehen werden, so zeigt der D21-Digital-Index 2020/2021 gleichzeitig, dass bisher kaum formale Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die digitale Welt von den BürgerInnen genutzt werden (Initiative D21 2021a, S. 29 f.).

Ebenfalls mehr als die Hälfte der BürgerInnen äußert den Wunsch, die Politik solle den Ausbau der digitalen Infrastruktur priorisieren. Für die Menschen, die im ländlichen Raum und in den neuen Bundesländern leben, hat dieses Thema dabei besondere Relevanz – für die neuen Bundesländer ist es sogar das wichtigste Thema. Noch immer gibt es Regionen in Deutschland, in denen die Internetbandbreite und das mobile Internet nicht ausreichen oder so gut wie gar nicht vorhanden sind. Der D21-Digital-Index zeigt jedes Jahr, dass dabei besonders die neuen Bundesländer zum Teil weit hinter den alten Bundesländern zurückliegen, wenn es um den Zugang zu (mobilem) Internet geht (Initiative D21 2021a, S. 14 f.). Dieser Missstand ist vor allem während der Coronakrise vielen bewusst geworden, als sie den Arbeits- oder auch Lernort nach Hause in die eigenen vier Wände verlegen mussten und feststellten, dass ständige Netzwerk- und Verbindungsprobleme Homeoffice und Homeschooling erheblich erschwerten. 80 Prozent der Eltern hatten Probleme beim Homeschooling, bei mehr als der Hälfte davon waren es Probleme mit dem Internet, was es zur größten Hürde überhaupt beim Schulunterricht während der Pandemie machte (Initiative D21/TU München 2021, S. 7).

Das Thema Verbraucherschutz hat ebenfalls einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Besonders die Gruppen, die im D21-Digital-Index häufig eher zu den digital Abseitsstehenden zählen (niedrige formale Bildung, niedriges Einkommen, hohes Alter, aus den neuen Bundesländern, ArbeiterInnen) gewichten dieses Thema sehr hoch. Gleichzeitig sind dies die Gruppen, die die Weiterbildung und Qualifizierung seltener priorisieren – dieses Muster zeigt sich über beinahe alle Gruppen hinweg: Diejenigen, die den Verbraucherschutz überdurchschnittlich oft priorisieren, priorisieren dafür Weiterbildung und Qualifizierung unterdurchschnittlich oft. Wer nicht glaubt, durch Weiterbildung und Qualifizierung besser von der Digitalisierung

profitieren zu können, will eher, dass der Staat ihn/sie durch Maßnahmen und Regulierungen vor den Risiken der Digitalisierung schützt. Allerdings attestiert der Global Risk Report des World Economic Forums, dass zukünftig ein sogenannter Regulation Gap droht – die digitale Transformation verläuft so schnell, dass die staatliche Regulierung nicht hinterherkommt und neue Entwicklungen und Innovationen bereits in der Welt sind, bevor ihr Einsatz reguliert werden kann (Weltwirtschaftsforum 2021, S. 29 ff.). Aus diesem Grund braucht es beides – den Schutz und die Befähigung.

Die übrigen Themen digitale Nachhaltigkeit, digitale Gesundheitsleistungen, persönlicher digitaler Zugang für alle und Regulierung sozialer Netzwerke sind in ihrer Bedeutung für die BürgerInnen in etwa alle gleichauf und deutlich seltener priorisiert. Vor allem Nachhaltigkeit und soziale Netzwerke sind Themen, die für die jüngeren Generationen an Relevanz gewinnen, genauso wie für Eltern, deren Kinder noch im eigenen Haushalt leben. Auch wenn die erste Gruppe bisher noch wenig politischen Einfluss hat, zeichnet sich in Deutschland langsam ein Paradigmenwechsel ab. Vor allem Nachhaltigkeitsthemen, aber auch die Regulierung der sozialen Netzwerke, sind in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus gerückt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Relevanz dieser Themen auch in der breiteren Bevölkerung ankommen wird.

Die Ergebnisse zeigen aber auch: Die eigenen Erfahrungen und die Sichtweite der BürgerInnen entscheiden, welche Themen ihnen besonders wichtig sind. Dabei waren bei unserer Befragung die Themen vorgegeben; eventuell wären sonst auch andere Themen für die digitalpolitische Priorisierung genannt worden. Nichtsdestotrotz sind sich die BürgerInnen relativ einig, wo ihre Schmerzpunkte liegen. Hier bedarf es unmittelbar, gestalterisch aktiv zu werden. Politik darf aber nicht nur im kurzfristigen Sichtfeld handeln, sondern muss strategisch vorausschauend steuern – und so gilt es, neben den hier priorisierten Themen auch mittel- und langfristig relevante digitale Entwicklungen auf die politische Agenda zu setzen. Damit Deutschland digital nicht mehr hinterher oder mitläuft, sondern vorangeht.

Methodik

Für die vorliegende Auswertung führte das Marktforschungsinstitut Kantar im Mai 2021 eine Befragung mit insgesamt 2.064 Personen in computergestützten persönlich-mündlichen Interviews durch. Damit fiel die Befragung bewusst vor den Höhepunkt des Wahlkampfs der Parteien, sodass die Debatte über digitalpolitische Themen noch nicht (übermäßig) von diesem gefärbt war. Befragt wurde die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten. Es handelt sich hier um eine mehrfach geschichtete, bevölkerungsrepräsentative Zufallsstichprobe; Schichtungskriterien sind Bundesländer, Regierungsbezirke, BIK-Gemeindetypen; Daten werden anschließend gewichtet nach Antreffbarkeit, Bundesländern, Gemeindetypen, Geschlecht, Alter und Berufstätigkeit. Die Antworten sind auf die Grundgesamtheit übertragbar (Größe der Grundgesamtheit und damit Basis für eine Hochrechnung sind 70,635 Millionen Personen).

Die Befragten wurden gebeten, auf die Frage „Deutschland hat im vergangenen Jahr einen Digitalisierungsschub erlebt. Welcher der folgenden Bereiche sollte Ihrer Meinung nach von der Politik priorisiert werden, um die Digitalisierung für die Menschen besser zu gestalten?“ zu antworten. Dabei gab es insgesamt sieben Antwortmöglichkeit, aus denen die Befragten maximal drei auswählen konnten:

- **Weiterbildung und Qualifizierung** für die digitale Welt: z. B. betriebliche Fortbildungen, Schul- und Hochschulbildung
- **Ausbau der digitalen Infrastruktur:** z. B. im ländlichen Raum, für öffentliche Institutionen
- **Persönlicher digitaler Zugang für alle:** z. B. Finanzierungshilfen für digitale Endgeräte bzw. Internet, Ausstattung von SeniorInnen-/Pflegeheimen
- **Verbraucherschutz:** z. B. besserer Schutz persönlicher Daten, Durchsetzung von Sicherheitsinteressen der VerbraucherInnen
- **Digitale Nachhaltigkeit:** z. B. Förderung sauberer Energiequellen, nachhaltiger Materialien
- **Digitale Gesundheitsleistungen:** z. B. elektronische Patientenakte, Anspruch der Versicherten auf digitale Gesundheitsanwendungen („App auf Rezept“)
- **Regulierung sozialer Netzwerke:** z. B. Strafverfolgung bei Hate Speech, Kennzeichnungspflicht für Desinformationen

Die Reihenfolge der Antwortmöglichkeiten wurde dabei randomisiert. Alternativ konnte auch „Weiß nicht“ angegeben (4 Prozent) oder die Beantwortung verweigert werden (keine Angabe; 0,5 Prozent). Neben der Auswahl an digitalpolitischen Themen wurden weitere soziodemografische Angaben der Befragten erfasst und zur Aufschlüsselung der Antworten nach Internetnutzung ja/nein, Alter bzw. Generation, Geschlecht, Wohnort, formalem Bildungsstand sowie Haushaltsnettoeinkommen genutzt. Die Basis variiert aus diesem Grund je nach betrachteter Gruppe und findet sich jeweils unter den Abbildungen.

Die Liste der abgefragten digitalpolitischen Themen ist dabei nicht erschöpfend. Es fehlen Themen wie Cybersicherheit, digitales Arbeiten/Arbeitsschutz, Regulation der Digitalkonzerne, Erforschung neuer Technologien und Innovationen etc.

Quellen

CERN (o. J.): The birth of the Web. Online verfügbar unter: home.cern/science/computing/birth-web (Abfrage: 14.09.2021).

Europäische Kommission (2021): Europas digitale Dekade. Kommission setzt Kurs auf ein digital gestärktes Europa bis 2030. Pressemitteilung. Online verfügbar unter: ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_983 (Abfrage: 14.09.2021).

FragDenStaat (2021): Programme der im Bundestag vertretenen Parteien für die Bundestagswahl 2021. Synopse der digitalpolitisch und informationsfreiheitsrechtlich relevanten Punkte. In: Dokumente zur Bundestagswahl 2021. Anfrage an den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Online verfügbar unter: fragdenstaat.de/dokumente/118383-programme-der-im-bundestag-vertretenen-parteien-fur-die-bundestagswahl-2021/ (Abfrage: 20.09.2021).

Initiative D21 (2021a): D21-Digital-Index 2020/2021. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft. Online verfügbar unter: www.initiatived21.de/app/uploads/2021/02/d21-digital-index-2020_2021.pdf (Abfrage: 14.09.2021).

Initiative D21 (2021b): Zahlen + Fakten zur Digitalisierung der älteren Generationen (aus D21-Digital-Index 2020/2021). Online verfügbar unter: initiatived21.de/app/uploads/2021/06/zahlen_und_fakten_aeltere_generationen-d21-digital-index_2020_2021.pdf (Abfrage: 23.09.2021).

Initiative D21 (2021c): Digital Skills Gap. So (unterschiedlich) digital kompetent ist die deutsche Bevölkerung. Online verfügbar unter: initiatived21.de/app/uploads/2021/08/digital-skills-gap_so-unterschiedlich-digital-kompetent-ist-die-deutsche-bevlkerung.pdf (Abfrage: 14.09.2021).

Initiative D21 (2021d): Ältere Menschen in der Digitalisierung (Audio-Podcast). In: Digitaler Anstoß. Der Podcast für die Digitale Gesellschaft. Online verfügbar unter: initiatived21.de/episode-2-aeltere-menschen-in-der-digitalisierung/ (Abfrage: 23.09.2021).

Initiative D21 (in Veröffentlichung, Q1/2022): D21-Digital-Index 2021/2022.

Initiative D21/TU München (2021): Digitaler Schulunterricht in Deutschland. Vorabergebnisse aus dem eGovernment MONITOR 2021. Online verfügbar unter: initiatived21.de/app/uploads/2021/09/ergebnisse-digitaler-schulunterricht-egovernment-monitor-2021.pdf (Abfrage: 23.09.2021).

Konitzer, Andreas (o. J.): Die Geschichte des Internets von den Anfängen bis in die Gegenwart. Online verfügbar unter: www.lmz-bw.de/medien-und-bildung/medienwissen/informatik-robotik/historisches/geschichte-des-internets/#main (Abfrage: 14.09.2021).

McFadden, Christopher (2020): A Chronological History of Social Media. Online verfügbar unter: interestingengineering.com/a-chronological-history-of-social-media (Abfrage: 14.09.2021).

Rat der EU (2020): Berliner Erklärung zur Digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung. Angenommen auf der Ministertagung am 8. Dezember 2020 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Online verfügbar unter: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklaerungen/berliner-erklaerung-digitale-gesellschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (Abfrage: 14.09.2021).

Statista (2021): Anzahl der Einwohner in Deutschland nach Generationen am 31. Dezember 2020. Online verfügbar unter: de.statista.com/statistik/daten/studie/1130193/umfrage/bevoelkerung-in-deutschland-nach-generationen/ (Abfrage: 20.09.2021).

Vereinte Nationen (o. J.): Human Rights and Digital Technology. Online verfügbar unter: www.digitalhub.ohchr.org/ (Abfrage: 14.09.2021).

Weltwirtschaftsforum (2021): The Global Risks Report 2021. 16th Edition. Online verfügbar unter: www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2021.pdf (Abfrage: 14.09.2021).

Zschiesche, Michael (2003): Umweltschutz in Ostdeutschland. Versuch über ein schnell verschwundenes Thema. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2003, 27 (B), S. 33–38 (auch online unter: www.bpb.de/system/files/pdf/HR8P59.pdf [Abfrage: 20.09.2021]).

IMPRESSUM

Herausgeber
Initiative D21 e. V.

Autorin
Sandy Jahn, Initiative D21 e. V.

Ansprechpartner Presse
Roland Dathe, Initiative D21 e. V.
Telefon 030 / 526 87 22 58
presse@initiatived21.de

Grafik und Design
Katrin Surberg, ultramarinrot

Download
InitiativeD21.de/Digitalpolitik-Prio

Oktober 2021

Diese Kurzexpertise der Initiative D21 ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz